

(Ministerialdirektor Wirklicher Geheimer Rat Dr. Roscher.)

(A) einzelnen zu versorgenden Gebiete des Deutschen Reiches berücksichtigt wird. Andernfalls würde die Landwirtschaft in Sachsen, in der die Samenzucht gegenüber anderen Gebieten wesentlich zurücktritt, stark in Nachteil gesetzt werden.

Die ungünstige Rückwirkung, welche der Mangel an Futtermitteln für die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch und Milch haben muß, liegt auf der Hand. Schlechte Futterverhältnisse müssen die Schlachtausbeute der geschlachteten Tiere sehr ungünstig beeinflussen. Es liegt also im allgemeinen Interesse, die Fleischversorgung schon jetzt darauf einzurichten, daß im nächsten Frühjahr die Beschaffung von Schlachtvieh guter Beschaffenheit die größten Schwierigkeiten haben wird. Es sind daher in letzter Zeit scharfe Bestimmungen erlassen worden, die die genaueste Kontrolle der Viehbestände und die restlose Erfassung alles anfallenden Fleisches für die Zwecke der allgemeinen Verteilung zum Gegenstand haben. Hand in Hand damit geht die verschärfte Überwachung des Verbrauchs, insbesondere des Verbrauchs in Gastwirtschaften und Fleischereien, die darauf zielt, den Schleichhandel mit Fleisch zu unterdrücken und alle Fleischmengen unter vorsorglicher Berücksichtigung der Zukunft für die öffentliche Verteilung zur Verfügung zu halten. Diese Maßnahmen haben zu einer wesentlichen Einschränkung des Gesamtverbrauchs geführt, der namentlich mit Rücksicht auf die günstigen Ziffern des Jungviehbestandes für den nächsten Herbst nach Eintritt besserer Fütterungsmöglichkeiten nicht ungünstige Aussichten auf die Sicherung der Fleischversorgung eröffnet.

(B) Auch die Milcherzeugung ist in den letzten Monaten immer straffer erfaßt worden. Eine sehr scharfe Kontrolle des Eigenverbrauchs und der Vollmilchabgabe ist eingeführt worden und wird weiter ausgebaut, die eine, wenn auch knappe, so doch hinlängliche Versorgung der Bevölkerung mit Milch aus der Erzeugung des Landes sicherzustellen verspricht.

Wenn auch diese Maßnahmen nicht erwarten lassen können, die höchst ungünstigen Wirkungen der schlechten Futtermittelernte des letzten Jahres auszugleichen, so hofft die Regierung doch, im Zusammenarbeiten mit dem Landeskulturrat und ihren dauernd mit diesen Fragen beschäftigten Sachverständigen wenigstens die schlimmsten Folgen der unberechenbaren Ungunst der Witterung für die nächsten Frühjahrsmonate beseitigen zu können.

Vizepräsident Dr. Spieß: Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Sekretär Dr. Schanz.

Sekretär Dr. Schanz: Meine Herren! Ich beantrage die Besprechung der beiden Interpellationen.

Vizepräsident Dr. Spieß: Wird dieser Antrag (C) unterstützt? — Hinreichend.

Damit ist die Besprechung der beiden Interpellationen zugelassen.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Wappler.

Abgeordneter Wappler: Meine sehr geehrten Herren! In dem Antrage, Drucksache Nr. 1, der Abgeordneten v. Byern, Friedrich und Genossen werden von der königlichen Staatsregierung sofort nach Friedensschluß Maßnahmen erfordert, die zunächst der Landwirtschaft zugute kommen sollen. Wenn auch der Herr Begründer des Antrages warme Worte für Handel, Industrie und Gewerbe gefunden hat, so geht doch aus dem Antrage hervor und ist ja auch besonders betont worden, daß die Wünsche, die in dem Antrage enthalten sind, zunächst die Landwirtschaft betreffen sollen. Es wird aber auch von dem gesamten sächsischen Wirtschaftsleben in dem Antrage gesprochen, wodurch der Antrag in seinen Wünschen eine sehr weite Ausdehnung erfährt.

Meine politischen Freunde sind nun gern bereit, dem Antrage in seiner vollen Bedeutung zuzustimmen. Wir geben zu, daß es nach dem Kriege als erste Pflicht anzusehen ist, daß vor allem durch landwirtschaftliche Maßnahmen die Ernährung unserer Bevölkerung wieder sicherer gestellt werde, als dies in der Zeit des Krieges (D) möglich war. Daß dies nur geschehen kann, wenn seitens der königlichen Staatsregierung die Erfüllung der in dem Antrage ausgesprochenen Wünsche eine tatkräftige Unterstützung findet, liegt klar auf der Hand und wird jedermann einsehen. Auch wird nicht bestritten, daß die Lösung der Aufgaben vielfach Sache der Landwirtschaft sein wird.

Wir sind nun jedoch der Meinung, daß Hand in Hand damit eine andere Pflicht von größter Wichtigkeit nach dem Kriege für die königliche Staatsregierung in Erscheinung tritt, nämlich, mit dafür zu sorgen, daß Handel, Industrie und Gewerbe in ihren weitverzweigten Betrieben baldigst wieder gefestigt und in geordnete Bahnen gelenkt werden. Deshalb müssen meine politischen Freunde, wenn in dem Antrage unter a um Zuführung von ausreichenden menschlichen und tierischen Arbeitskräften gebeten wird, ganz besonders betonen, daß dies nicht nur für die Landwirtschaft ein dringendes Bedürfnis ist, sondern auch für Industrie, Handel und Gewerbe beansprucht werden muß, wie dies ja auch der Herr Begründer des Antrages zu meiner Freude hervorgehoben hat; und zwar soll das im großen wie im kleinen mit voller und gleichwertiger Berechtigung zu gelten haben.